

18. Juni 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

## Ohne Führung und ohne Kompass – Wohin treibt die palästinensische Po- litik?

Nach dem offiziellen Scheitern der Einheitsregierung erscheint die palästinensische Politik wieder einmal ohne Karte und Kompass. Am 17. Juni wurde die Einheitsregierung um Premierminister Rami Hamdallah aufgelöst und dieser von Präsident Abbas mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Der damit verbundene politische Stillstand auf allen Ebenen trifft vor allem die Menschen im Gazastreifen und forciert die Trennung des ohnehin schon isolierten Küstenstreifens vom Westjordanland.

**Knapp ein Jahr nach dem letzten Gaza-Krieg<sup>1</sup> zwischen der Hamas und Israel ist der Wiederaufbau im Gazastreifen kaum vorangeschritten. Die Hamas verliert in Gaza zunehmend die Sympathien der breiten Öffentlichkeit und gerät zudem durch radikale, salafistische Gruppen unter Druck, die versuchen der Hamas das Gewaltmonopol zu entreißen und auf eine erneute Eskalation des Konflikts mit Israel drängen. Währenddessen richtet sich der Blick der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in Ramallah auf das internationale Parkett – den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und zuletzt auch die FIFA – alles jedoch ohne bisher durchschlagenden Erfolg. Das Scheitern der palästinensischen Einheitsregierung nach rund einem Jahr im Amt macht zudem deutlich, dass eine echte politische Perspektive nicht in Sicht ist.**

Als Hamas und Fatah im Juni letzten Jahres die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit bekannt gaben<sup>2</sup>, waren die Erwartungen innerhalb der palästinensischen Be-

völkerung immens. Die Forderung nach nationaler Einheit war monatelang lautstark auf den Straßen und in den Medien artikuliert worden, nicht zuletzt, weil mit der Versöhnung zwischen Fatah und Hamas auch die Hoffnung auf die Zusammenführung des Westjordanlandes und des Gazastreifens, die seit einem blutigen Machtkampf zwischen Fatah und Hamas im Jahr 2007 separat regiert werden, verbunden wurde.

Zwölf Monate später ist einmal mehr politischer Stillstand das definierende Moment palästinensischer Politik. Nach wie vor lähmen die Grabenkämpfe zwischen Fatah und Hamas das politische Geschehen. Der Rücktritt der Einheitsregierung am 17. Juni 2015 kam daher zwar zeitlich überraschend, war inhaltlich jedoch nachvollziehbar. Fatah und Hamas geben sich ein Jahr nach Regierungsbeginn weiterhin gegenseitig die Schuld an der kläglichen Umsetzung ihrer Ziele. Die humanitäre Krise in Gaza gerät bei all diesem politischen Geplänkel zur Randnotiz.

### Hamas in Gaza unter Druck

Die Auswirkungen des Krieges haben die Hamas in den letzten Monaten stark geschwächt, erst finanziell, mittlerweile jedoch auch in der Gunst der Bevölkerung.

<sup>1</sup> Von Juli bis August 2014 lieferten sich die Hamas und Israel den bisher verheerendsten Gaza-Krieg, bei dem laut offiziellen Zahlen der VN 2131 Palästinenser und 71 Israelis ums Leben kamen.

<sup>2</sup> Die Regierung der Nationalen Einheit wurde am 2. Juni 2014 bekannt gegeben und beruhte auf einem Versöhnungsabkommen, welches die rivalisierenden Parteien Fatah und Hamas am 23. April 2014 unterzeichnet hatten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
BASTIAN SCHROEDER

18. Juni 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

Vor allem das Ende der Tunnelwirtschaft<sup>3</sup>, die von der Hamas kontrolliert und besteuert wurde, brachte die Organisation in erhebliche finanzielle Probleme. Die Einwilligung, einer Einheitsregierung beizutreten, die sodann auch die Verantwortung für die Gehälter von tausenden Regierungsbeamten übernehmen würde, wird von vielen Beobachtern daher als taktischer Schritt gesehen, den eigenen finanziellen Ruin zu vermeiden und das jahrelange eigene Versagen der kommenden Fatah-geführten Regierung in die Schuhe zu schieben. Da die Fatah aber nicht bereit war, alle Missstände in Gaza einfach zu übernehmen, schwelte der Streit um die Frage der Zusammenführung der verschiedenen Bürokratien über Monate und blieb eines der zentralen Themen der Einheitsregierung.

Zusätzlich zur finanziellen Misere kämpft die Hamas jedoch auch zunehmend um die Gunst der Bevölkerung in Gaza. Nach dem letzten Gaza-Krieg stiegen zwar ihre Zustimmungswerte enorm – eine Entwicklung, die bisher nach jedem Gaza-Krieg zu verzeichnen war. Ein Jahr nach dem Krieg sind diese Werte jedoch fast wieder auf das Vorkriegsniveau zurückgekehrt, Tendenz weiter fallend. Die Menschen in Gaza sehen den Krieg mit Israel zunehmend kritisch und wenden sich von der Hamas ab, auch weil sich die humanitäre Krise in Gaza weiter verschärft und keine Besserung in Aussicht ist. Nur noch 35 Prozent der Palästinenser glauben mittlerweile, dass die menschlichen und materiellen Kosten des Krieges im Verhältnis zu den Ergebnissen stehen.<sup>4</sup> Der Wiederaufbau kommt kaum voran<sup>5</sup>, die Wirtschaft liegt brach, die Arbeitslosenquote von fast 45 Prozent ist Weltspitze und auch die Blockade ist weiter jeden Tag Realität.

In dieser Situation hat die Hamas kein Interesse an einer erneuten Eskalation des Konflikts mit Israel, wohlwissend, dass auch die

Bevölkerung diese nicht unterstützen würde. Gleichzeitig wird aber die geschwächte Hamas von salafistischen Gruppen, wie dem Islamischen Dschihad, in ihrem Gewaltmonopol herausgefordert. Die Raketen, die in den letzten Wochen aus dem Gazastreifen in Richtung Israel abgefeuert wurden, stammten allesamt von derartigen Gruppierungen. Die Hamas versucht, dieser Entwicklung entschieden entgegenzuwirken. Die vermeintlich „radikalen Kriegstreiber“ wurden von der Hamas kurzerhand erschossen. Das widerspricht nicht nur jedem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, sondern ist auch insofern paradox, als dass die Hamas noch im letzten Jahr die Menschen drangsalierte, die gegen einen Raketenbeschuss auf Israel waren. Folglich werden die Raketen aus Gaza wieder zu einem Störfaktor im Nahost-Friedensprozess – nur dass dieses Mal neue, noch radikalere Kräfte auf den Plan treten. Gleichzeitig äußern gut informierte Quellen in Gaza, dass sich Israel und die Hamas angeblich in einem „Austausch der Ideen“ über die Möglichkeit einer Hudna, eines Langzeit-Waffenstillstandes befinden.<sup>6</sup> Als Austausch sind unter anderem ein Hafen, Hilfe beim Wiederaufbau und eine Lockerung der Blockade im Gespräch. Das würde für wirtschaftliche Entwicklung sorgen und der Hamas einen politischen Erfolg einbringen.

In Ramallah sorgen diese Gespräche jedoch für Verärgerung. Zwar verfolgt man inhaltlich die gleichen Ziele, sieht in den Gesprächen jedoch die Gefahr, dass Hamas durch einen politischen Erfolg im Ansehen der Bevölkerung gestärkt werden könnte. Gleichzeitig könnte eine „Verhandlungslösung“ mit Israel die Hamas schrittweise aus der politischen Isolation herausführen und das Machtmonopol der Fatah-Führung gefährden. Das wird in Ramallah zunehmend mit Sorge gesehen.<sup>7</sup> Im rechten Spektrum der israelischen Politik wird eine zerstrittene palästinensische Führung, die sich vor allem

<sup>3</sup> Die kilometerlangen Tunnel galten als Haupteinfuhrweg für Produkte und wurden erst von Ägypten und dann auch von Israel während des Krieges zerstört.

<sup>4</sup> Palestinian Public Opinion Poll No (56), <http://www.pcpsr.org/sites/default/files/poll%20356%20PressRelease%20EN.pdf> [18.06.2015].

<sup>5</sup> Es fehlt an adäquatem Wohnraum, der die im Krieg zerstörten Wohngebiete ersetzt, ebenso wie am Wiederaufbau der Infrastruktur (Wasser und Strom).

<sup>6</sup> Nidal al-Mughrabi. „Long-term Gaza truce mooted as Hamas, Israel grapple with jihadi challenge“, <http://www.reuters.com/article/2015/06/17/us-palestinians-egypt-truce-idUSKBN00X1PC20150617> [18.06.2015].

<sup>7</sup> Die Palästinenser sehen darin auch eine gezielte Strategie Israels, das Westjordanland und den Gazastreifen dauerhaft voneinander zu trennen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN  
BASTIAN SCHROEDER

18. Juni 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

mit sich selbst beschäftigt, dagegen als Vorteil angesehen. Die Chance als palästinensische Politik endlich mit einer Stimme zu sprechen und damit auch international besser wahrgenommen zu werden, droht einmal mehr zu verstreichen.

**Verpasste Chance für Abbas und die Fatah**

Präsident Mahmoud Abbas und die Palästinensische Autonomiebehörde müssen sich daher den Vorwurf gefallen lassen, nicht genug für den Erfolg der Einheitsregierung getan zu haben. So sehen viele Palästinenser die Hauptschuld für das Scheitern auf Seiten der PA und Präsident Mahmoud Abbas'. Ihr Vorwurf an Abbas lautet, seine persönliche Abneigung gegenüber der Hamas habe eine rationale Strategie zur Umsetzung des Versöhnungsabkommens von Seiten der PA verhindert. Abbas sei nicht in der Lage, als überparteilicher Präsident die zerstrittenen Parteien zu versöhnen. Anstatt die Phase der relativen Schwäche der Hamas in Gaza konstruktiv zu nutzen und das Versöhnungsabkommen aus dem April 2014 umzusetzen, hat man sich in Ramallah in der Idee verrannt, man könne die Hamas im Gazastreifen politisch komplett isolieren. Dieser fromme Wunsch entspricht jedoch nicht der politischen Realität. Auch wenn die Hamas gegenwärtig wieder an Zustimmung verliert, so ist ihre Basis in Gaza dennoch so breit verankert, dass politische Mehrheiten und relevante nationale Projekte nur mit und nicht gegen die Hamas realisierbar ist. Eine resolute Politik der Kompromisslosigkeit kann in letzter Konsequenz nur zu einer endgültigen Trennung der Palästinensergebiete oder einem Bürgerkrieg führen.

Bei aller Schuldzuweisung an Präsident Abbas ist dennoch nicht von der Hand zu weisen, dass es innerhalb der Hamas sehr wohl auch eine große Fraktion gibt, die an einer Einigung mit der PA kein Interesse hat und einen moderaten Kurs vehement ablehnt.

Letztendlich überwiegt jedoch der Eindruck, dass Gaza und die Aussöhnung nicht oberste Priorität in Ramallah genießen. Statt das Momentum der letzten Monate zu nutzen, konzentrierte sich die palästinensische Füh-

rung vor allem auf ihre Internationalisierungsstrategie, auf die Suche nach internationaler Anerkennung.

**Internationalisierung statt nationaler Einheit**

Schon im letzten Herbst beschloss die Führung um Präsident Abbas, dass man sich bis zur Rückkehr an den Verhandlungstisch auf die Internationalisierung des Konflikts konzentrieren werde, um das Ungleichgewicht zwischen den Verhandlungspartnern auszugleichen. Über Jahre galt die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als "zahnloser Tiger". Bei den Friedensgesprächen verfügte die palästinensische Führung nur über Druckmittel, die ihr potentiell selbst Schaden zufügen würden (Aufkündigung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, Selbstauflösung der PA). Folglich blieb der Bürokratie in Ramallah nur wenig Spielraum in den Verhandlungen. Das blieb der palästinensischen Bevölkerung nicht verborgen und sorgte für wachsenden Unmut. Davon profitierte vor allem die Hamas, die mit ihrem bewaffneten Kampf und dem Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf Israel immer wieder eine wirksame Drohkulisse aufbaute und damit bei der Bevölkerung punkten konnte.<sup>8</sup> Mit ihrer Internationalisierungsstrategie, die seit Ende letzten Jahres konsequent vorangetrieben wird, glaubt die PA nun ein probates Mittel gefunden zu haben, um wieder mehr Zustimmung zu gewinnen und internationalen Druck gegenüber Israel aufbauen zu können.

Seit dem 1. April 2015 sind die Palästinensergebiete offizieller Vertragsstaat der Rom-Statuten (dem Gründungsdokument des IStGH). Das Beitritts-gesuch hatte Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas bereits im Januar dieses Jahres als Reaktion auf die gescheiterte Abstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) gestellt.<sup>9</sup> Bis zum formellen Inkrafttreten des Beitritts

<sup>8</sup> Umfragewerte gehen nach bewaffneten Auseinandersetzungen regelmäßig nach oben.

<sup>9</sup> Der VN-Sicherheitsrat stimmte am 30.12.2014 gegen eine von Jordanien eingebrachte Resolution, die eine Frist von zwölf Monaten zur Aushandlung eines dauerhaften Friedensabkommens sowie das Ende der israelischen Besatzung der Palästinensergebiete bis zum 31.12.2017 eingefordert hatte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
BASTIAN SCHROEDER

18. Juni 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

musste jedoch zunächst die satzungsgemäße Frist von 60 Tagen eingehalten werden.

Die Palästinensergebiete sind als 123. Vertragsstaat berechtigt, auf ihrem Territorium begangene Verstöße gegen das internationale Völkerstrafrecht vor das Gericht zu bringen.<sup>10</sup> Außenminister Dr. Riad Al-Malki sagte während der Aufnahmezeremonie in Den Haag: „Mit der Aufnahme Palästinas als offizieller Vertragsstaat der Rom-Statuten ist die Welt einen Schritt nähergekommen, eine lang währende Ära der Straflosigkeit und Ungerechtigkeit zu beenden. Tatsächlich bringt uns der heutige Tag näher an unsere geteilten Ziele Gerechtigkeit und Frieden.“<sup>11</sup>

Geplant haben die Palästinenser zwei Klagen gegen israelische Regierungsvertreter oder Militärangehörige<sup>12</sup>; die erste Klage richtet sich gegen den israelischen Siedlungsbau im Westjordanland und Ost-Jerusalem, der nach internationalem Recht illegal ist; die zweite Klage richtet sich gegen Israels militärisches Vorgehen gegen über Zivilisten im letzten Gaza-Krieg.

Dieses juristische Vorgehen auf internationaler Ebene genießt großen Rückhalt innerhalb der palästinensischen Bevölkerung, da es nach langer Zeit ohne wirkliche politische Resultate endlich Tatkraft und internationale Aufmerksamkeit suggeriert. Faktisch können sich derartige Prozesse jedoch über Jahre hinziehen. Zudem ist bei weitem nicht sicher, wie zielführend ein derartiges Verhalten wirklich ist und in welchem Umfang auch palästinensische Verbrechen im Rahmen des letzten Krieges (wie die Ermordung von möglichen Kollaborateuren in Gaza durch die Hamas und der Beschuss der israelischen Zivilbevölkerung durch Raketen) Teil des Verfahrens sein werden.

<sup>10</sup> Der Internationale Strafgerichtshof ist ein ständiges Gericht, das Personen, denen besonders schwere Verbrechen von internationalem Interesse wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, strafrechtlich verfolgt.

<sup>11</sup> Übersetzung der Autoren aus dem Englischen. Originalzitat auf: [http://www.icc-cpi.int/en\\_menus/icc/press%20and%20media/press%20releases/Pages/pr1103.aspx](http://www.icc-cpi.int/en_menus/icc/press%20and%20media/press%20releases/Pages/pr1103.aspx) [18.06.2015].

<sup>12</sup> Der IStGH kann nur Einzelpersonen strafrechtlich verfolgen und nicht einen Staat als Ganzes.

## Die Palästinenser und die FIFA

Auch das jüngste Geplänkel zwischen Palästinensern und Israelis im Rahmen des FIFA-Kongresses ist Ausdruck der Internationalisierungsstrategie. Ursprünglich wollten die Palästinenser Israel wegen seiner Siedlungsvereine und der eingeschränkten Bewegungsfreiheit palästinensischer Fußballer aus der FIFA ausschließen lassen. Kurz vor der Abstimmung im Rahmen der FIFA-Tagung in Zürich am 29. Mai zog die palästinensische Delegation jedoch ihren Antrag zurück und entschied sich lediglich eine gemeinsame Kommission zu bilden, um die Vorfälle zu untersuchen. Dieser unerwartete Rückzieher wurde von der palästinensischen Öffentlichkeit äußerst negativ quittiert. Nur 22 Prozent der Befragten in der aktuellen Umfrage glauben daher, dass die Palästinenser als Sieger aus der Abstimmung hervorgegangen sind.<sup>13</sup>

Durch diese ausbleibenden Erfolge in der palästinensischen Außenpolitik erhalten zivilgesellschaftliche Initiativen wie die internationale BDS<sup>14</sup>-Bewegung immer größeren Zuspruch. Inzwischen unterstützen schon 86 Prozent der Palästinenser die Boykott-Kampagne und wünschen sich politische und wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Israel.<sup>15</sup> In den palästinensischen Gebieten äußert sich dies vor allem darin, dass israelische Produkte zunehmend boykottiert werden. 88 Prozent der befragten Palästinenser geben an, inzwischen auf israelische Produkte (vor allem aus dem Nahrungsmittelbereich) in ihrem täglichen Leben zu verzichten. Gleichzeitig glauben aber nur 64 Prozent der Befragten, dass diese Boykott-Strategie letztendlich ein effektives Mittel sein wird, um die israelische Besatzung zu beenden und einen eigenen Staat zu schaffen.<sup>16</sup>

## Studentenwahlen als aktuelles politisches Stimmungsbarometer

<sup>13</sup> Palestinian Public Opinion Poll No (56).

<sup>14</sup> BDS steht für Boycott, Divestment and Sanctions. Die Bewegung erhielt ihre Inspiration von der Boykott-Bewegung gegen das südafrikanische Apartheid-Regime. Die Palästinenser wollen ein ähnliches System auf ihren Fall übertragen.

<sup>15</sup> Palestinian Public Opinion Poll No (56).

<sup>16</sup> Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
BASTIAN SCHROEDER

18. Juni 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

Jüngstes Beispiel für die aktuellen Machtverschiebungen zwischen Fatah und Hamas waren die Studentenratswahlen an der Universität Birzeit nahe Ramallah am 22. April. Seit dem Ausbleiben von nationalen Wahlen und den nur unregelmäßig abgehaltenen Kommunalwahlen gelten die Studentenparlamentswahlen als wichtiger politischer Indikator. In Birzeit, das seit seiner Gründung immer eine Hochburg der Fatah war, konnte der Hamas-nahe Wafaa'-Block die Wahlen mit einer absoluten Mehrheit (26 von 51 Sitzen) gewinnen. Eine derart deutliche Stärkung der Hamas an einer – im palästinensischen Vergleich - liberalen Hochschule war nicht erwartet worden. In der jetzigen Umfrage zeigt sich die Öffentlichkeit über die Bedeutung dieser Wahlen uneins. Während 47 Prozent der Befragten in dem Ergebnis ausschließlich einen Trend innerhalb der Studentenschaft sehen, wertet die gleiche Prozentzahl das Ergebnis als Abbild der allgemeinen politischen Stimmung.

### Beziehungen mit Israel bleiben schwierig

Auch die neue rechts-nationalreligiöse Regierung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu hat bisher keine Lösungsmöglichkeiten für die verfahrenere Situation präsentiert. Trotz kritischer Töne aus den USA und der EU, die an dem Bekenntnis der Netanjahu-Regierung zur Zwei-Staaten-Lösung zweifeln, ist eine Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Palästinensern und Israelis vorerst nicht in Sicht. Frühestens nach dem angestrebten Abschluss der Atomverhandlungen mit dem Iran wird die Palästinenserfrage wieder an internationalem Interesse gewinnen und der Druck auf Israel wieder zunehmen. In diesem Kontext zeigen sich 79 Prozent der Palästinenser im Rahmen der aktuellen Umfrage pessimistisch, dass sich die israelisch-palästinensischen Beziehungen in naher Zukunft verbessern.

Derweil mehren sich die Stimmen innerhalb der palästinensischen Bevölkerung, vor allem bei Studierenden, jungen Menschen und in gut ausgebildeten Schichten, die eine „Ein-Staaten-Lösung“ fordern. Zwar machen diese Stimmen noch nicht die Mehrheit aus, aber sie werden immer lauter. Auch kleine Schritte der

israelischen Regierung, wie die Erleichterung der Übertritte an den Checkpoints für Frauen und ältere Männer, die Erlaubnis für ca. 100 palästinensische Autos nach Ost-Jerusalem zu fahren, sind Signale, die von den Palästinensern als Zeichen in Richtung einer Ein-Staaten-Lösung gedeutet werden.

Das alles ist besorgniserregend, denn bei einer Ein-Staaten-Realität ist absolut fraglich, wie Israel seinen jüdischen und demokratischen Charakter gleichzeitig aufrechterhalten soll.

### Die Verlierer des politischen Stillstandes: die Menschen in Gaza

Die Verlierer dieses außen- und innenpolitischen Stillstandes der palästinensischen Politik sind vor allem die Menschen in Gaza.

So lange sich die Beziehungen zu Israel nicht entspannen, ist die Aussicht auf ein Ende der israelischen Blockade<sup>17</sup> des Gazastreifens nicht realistisch. Im israelischen Sicherheits-Establishment hat man inzwischen verstanden<sup>18</sup>, dass eine geringfügige Öffnung des Grenzübergangs zu Israel zwingend notwendig ist, um die Lage in Gaza nicht eskalieren zu lassen.

Die dramatische Lage in Gaza wird zudem durch den schleppenden Wiederaufbau der im letzten Krieg zerstörten Wohngebiete und Infrastruktureinrichtungen verschärft. Laut den UN-Organisationen UNRWA und UNDP ist mittlerweile nicht mehr das knappe Baumaterial das zentrale Problem, sondern die fehlenden Gelder zur Finanzierung der Baumaßnahmen. Auf der Geberkonferenz im Dezember 2014 in Kairo wurden zwar Finanzhilfen in Höhe von 4,3 Milliarden Euro zugesagt, bisher ist jedoch nur rund ein Viertel der Gelder angekommen.<sup>19</sup> Da-

<sup>17</sup> Die Blockade richtet sich sowohl gegen Personen (Bewegungs- und Reisefreiheit) sondern auch auf Güter. Beide Faktoren haben massive Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Gazastreifen.

<sup>18</sup> Die treibende Kraft dieser „Entspannungspolitik“ ist IDF General Yoav Mordechai, der seit 2014 als Koordinator für Government Activities in the Territories fungiert.

<sup>19</sup> Megan O'Toole, „Empty words: Donors fail to deliver pledged Gaza Aid“, <http://www.aljazeera.com/news/2015/04/words-donors-fail-deliver-pledged-gaza-aid-150411113825302.html> [18.06.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN  
BASTIAN SCHROEDER

18. Juni 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

mit kann der Wiederaufbau auch ein Jahr nach Ende des Krieges immer noch nicht entscheidend vorangetrieben werden. In diesem Umfeld ist die wirtschaftliche Entwicklung des dichtbesiedelten Küstenstreifens unmöglich. Es ist daher nicht erstaunlich, dass der Wunsch nach Auswanderung unter den Befragten so hoch wie nie ist. Jeder zweite Bewohner des Gazastreifens würde das Land für immer verlassen, wenn sich die Möglichkeit böte – auch über den so gefährlichen illegalen Seeweg über das Mittelmeer.

Was beim Blick auf die palästinensische Politik übrig bleibt, ist das Kopfschütteln über den Status Quo und die Hoffnung, dass bald ein Generationswechsel in der politischen Führung vollzogen wird. Neue Perspektiven, eine wirkliche Aussöhnung der innerpalästinensischen Lager und die Durchführung der lang ausstehenden nationalen Wahlen werden sich wohl nur mit neuen Personen an der politischen Spitze verwirklichen lassen.